

## **Straßenausbaubeiträge in Hanstedt abschaffen – was Nachbargemeinden seit Jahren schaffen, muss doch auch in Hanstedt möglich sein.**

Während in unseren Nachbargemeinden Egestorf, Schätzingdorf, Sahrendorf, Undeloh, Wesel, Brackel und Jesteburg die Straßenausbaubehörden abgeschafft wurden und in Asendorf ausgesetzt ist, hält der Gemeinderat Hanstedt bisher immer noch hartnäckig an der aus meiner Sicht nicht sozialen Ausbaubehörde fest. Der Protest vieler Hanstedter Hausbesitzer gegen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist in den letzten Jahren immer heftiger geworden. Vor wenigen Tagen hat sich eine Bürgerplattform mit Anwohnern aus 12 Hanstedter, Ollsener, Quarrendorfer, Schierhorner und Nindorfer Straßen gebildet, die eine Abschaffung der Straßenausbausatzung fordert. Die Gemeindeverwaltung ist zunehmend mit Klagen von Eigentümern vor Verwaltungsgerichten gegen diese Abgabe beschäftigt. Es scheint jetzt bei unseren Kommunalpolitikern und in der Verwaltung ein Nachdenken einzusetzen. Die CDU-Fraktion hat einen Antrag eingebracht, die Straßenausbausatzung aufzuheben. Der Antrag wird zurzeit intensiv in den zuständigen kommunalen Gremien diskutiert. Auch in der Presse wurde darüber mehrfach berichtet.

Was sind die Gründe für eine Abschaffung der Straßenausbausatzung aus meiner Sicht:

- Der Zustand der Gemeindestraßen in Hanstedt, Ollsen, Nindorf, Quarrendorf und Schierhorn hat sich in den zurückliegenden Jahren immer mehr verschlechtert. Im Frühjahr oder Sommer werden lediglich Teeflicken notdürftig auf Straßenlöcher gesetzt, die nur kurzfristig kosmetisch Schäden abdecken. Während andere Nachbargemeinden regelmäßig Gemeindestraßen mit einer neuen Teerdecke versehen, unterblieb dies in Hanstedt. Fazit: Die Gemeindestraßen verkommen. Die laufende Unterhaltung der Gemeindestraßen ist eine Pflichtaufgabe !
- Bis zum Jahr 2011 waren im Haushalt der Gemeinde Hanstedt jährlich 50.000 bis 70.000 Euro für die Instandhaltung der Gemeindestraßen eingesetzt. Ab 2013 bis 2017 wurde der Betrag trotz zunehmender Verschlechterung des Straßenzustandes auf 30.000 Euro herabgesetzt – viel zu wenig ! Erst jetzt wurde der Haushaltsansatz für die Straßeninstandhaltung für das Jahr 2018 und die Folgejahre aufgrund des großen Protestes der Bürger auf 100.000 Euro angehoben. Ein erster Anfang.
- Die Gemeinde Hanstedt hat bisher das Konzept verfolgt, dass jährlich eine Straße auf der Grundlage einer vor Jahren aufgestellten Prioritätenliste aufwändig und teuer saniert wird (Auskoffern, Pflaster etc). Die Anlieger werden zu 30 – 60 % an den Kosten beteiligt. Die Sanierungskosten können 800.000 Euro oder mehr betragen. Die Heranziehung der Anlieger ist schwer zu durchschauen. Während in der Schlossstraße und Alten Schulstraße die Anlieger zu 30 % wegen „überregionaler Bedeutung“ herangezogen werden, sollen die Anwohner am Steinberg( Ausbau bisher für 2018 geplant – jetzt verschoben) mit 60 % dabei sein, weil die Straße angeblich nur Anliegerstraße ist. So ist es auch im Forstweg in Ollsen geplant (geschätzte Baukosten 750.000 – 1 Million – Beteiligung der Anlieger 60 %). Das kann dazu führen, dass Hausbesitzer richtig in Notlagen geraten nach dem Motto:“ Straße saniert, Hausbesitzer ruiniert!“
- Und hier beginnt die Ungerechtigkeit: Besucher, die z.B. das Cafe Augustenhöhe besuchen, fahren über die Straße Am Steinberg: Reine Anliegerstraße ? Tonnenschwere Langholz-LKW und tonnenschwere Gülle- und Maisfahrzeuge benutzen regelmäßig den Forstweg in Ollsen: Reine Anliegerstraße ? Hausbesitzer

an Kreis- und Landesstraßen werden nicht an den Ausbaurkosten der Straßen herangezogen: Gerecht ?

- In den Nachbargemeinden Egestorf und Undeloh sind die Gemeindestraßen in Ordnung. Davon kann sich jeder selbst überzeugen. Undeloh hat in den letzten beiden Jahren jährlich eine Straße abfräsen und mit einer neuen Teerdecke versehen lassen aus allgemeinen Steuermitteln der Gemeinde ohne dass dafür die Anwohner extra Ausbaubeiträge bezahlen mussten. Die sind wie neu und halten nach Expertenaussagen vermutlich weitere 20 Jahre oder länger. Sollte man die nicht mal fragen, wie sie das machen ? Warum geht das nicht auch in Hanstedt?
- Ich erlebe in Gesprächen mit Anliegern der Straßen, die nach bisheriger Planung in den nächsten Jahren teuer saniert werden sollen, Angst und Enttäuschung von der Kommunalpolitik sowie zunehmend die Bereitschaft gerichtlich dagegen anzugehen. Im Forstweg hat sich ein Verein mit mehr als 50 Mitgliedern gebildet, der jetzt schon einen Fachanwalt konsultiert hat und gerichtlich gegen die nach Ansicht der Anwohner nicht notwendige Sanierung angehen will. Die Verwaltung der Gemeinde Hanstedt muss bzw. musste sich jedes Mal nach Straßensanierungen mit einer ganzen Reihe von Beschwerden und Klagen „herumschlagen“. Das würde mit Abschaffung der Straßenausbausatzung entfallen, die Verwaltung hätte wieder mehr Zeit für andere wichtige Aufgaben.
- Noch eine Anmerkung zur Grundsteuer. Hanstedt hat im Vergleich zu den Nachbargemeinden den geringsten Grundsteuerhebesatz von 360 Punkten. Undeloh hat einen Satz von 400 Punkten, Egestorf sogar von 425 Punkten. Dort sind aber die Straßen in Ordnung, Bürgerproteste oder aufwändige Verwaltungsgerichtsprozesse unbekannt. Ich bin nicht unbedingt für eine Anhebung des Hebesatzes, will aber an einem Beispiel aufzeigen, welche Auswirkungen eine Anhebung hat, weil es hier immer wieder zu Falschinformationen kommt:  
Einfamilienhaus, Baujahr 1990, 130 m<sup>2</sup> Wohnfläche. Grundsteuer bei 360 Punkten: 340 Euro im Jahr. Grundsteuer bei 400 Punkten: 377 Euro – also 37 Euro mehr im Jahr. Grundsteuer bei 425 Punkten: 401 Euro – also 61 Euro mehr im Jahr. Ich denke, wenn die unsoziale Straßenausbausatzung wegfällt, ist auch – allerdings nur, wenn dies nicht anders zu lösen ist - eine moderate Anhebung vertretbar.
- In der letzten Bauausschusssitzung wurden interessante Fragen aufgeworfen, die nun die Verwaltung klären soll:  
Muss es immer zu teuren „Luxussanierungen“ kommen – geht es nicht auch preiswerter (Abfräsen und neue Teerdecke, kein Pflaster etc.)?  
Welche Auswirkungen hat es auf den Haushalt der Gemeinde, wenn die Straßenausbaubeitragssatzung aufgehoben wird? Muss evtl. die Grundsteuer angehoben werden?  
Wie ist es mit den Anliegern, die bereits für eine teuer sanierte Straße bezahlt haben?

Alle Bürger benutzen irgendwann einmal mit Fahrrad, Auto oder zu Fuß jede Straße der Gemeinde. Die Unterhaltung und Sanierung ist daher für mich eine Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger, egal ob Hausbesitzer oder Mieter. Ich hoffe, dass sich der Gemeinderat nach Vorliegen der Ergebnisse der aufgeworfenen Fragen und gründlicher Beratung für die Abschaffung der Straßenausbausatzung entscheidet. Das schafft wieder Frieden in der Gemeinde.

Bernd Heckmann